

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kinderzettel“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 20 Pf. Beilagen unter 25 a je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 4.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 6. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Du sollst nicht denken, daß eines Christenmenschen Leben sei ein Stand und ein Ruhm; sondern es ist ein Zug und Gang oder Wandlung von den Sünden zu der Gerechtigkeit, von den Lasten zu der Tugend, von der Liebe in die Liebe, von der Tugend in die Tugend. Und welcher nicht immerzu wird in dem Gange sein, den darfst du für keinen Christen achten. Luther.

Wie steht es mit der Kriegsschuldfrage.

Von Dr. Emmy Voigtländer,
Referentin im Arbeitsausschuß deutscher Verbände

Vielfach kann man in Deutschland die Meinung aussprechen hören: kein vernünftiger Mensch im Ausland glaube heute mehr an die „Allerhöchste“ Deutschlands. Und meist liegt dieser Meinung ausgesprochen oder unausgesprochen die Schlussfolgerung zugrunde: folglich ist die Kriegsschuldfrage als erledigt anzusehen. Die so sprechen, haben recht insofern, als jener Glaube niemals etwas mit Vernunft zu tun gehabt hat. Die Vernunft hätte niemals das glauben sollen, was die Anklage Deutschlands vorwirft, mit Vorbedacht und verbrecherischem Willen den Weltkrieg entfesselt zu haben. Diese der Welt eingebrachte Meinung war Erzeugnis der Kriegspropaganda, der Kriegsschuldfrage und politischer Zwecke.

Und es ist ein Irrtum, die Kriegsschuldfrage in dem Sinne als erledigt anzusehen, als ob die Vernunft sich bereits in dem Maße durchgesetzt hätte, daß jene Anklage in irgendeiner Form nicht mehr geglaubt oder nicht mehr zu politischen Zwecken verwendet wird. Man verwechselt sehr oft das Ergebnis der wissenschaftlichen Erforschung der Kriegursachen, die die Anklage allerdings restlos widerlegt hat, mit der psychologisch-moralisch-politischen Seite der Angelegenheit. Gehört die Erforschung der Kriegursachen und die Aufklärung über ihre Ergebnisse in das Reich der Vernunft und des Verstandes und kann daher sehr leicht die Meinung kommen, als sei die Frage gelöst, so reicht die andere Seite in die viel schwerer zugänglichen Gebiete des Irrationalen hinein. Und hier sind wir noch nicht so weit.

In gewisser Weise kann die Intensität, mit der die Kriegsschuldfrage in den verschiedenen Ländern erörtert wird, als ein Zeichen der allgemeinen Einstellung jener Länder zu Deutschland angesehen werden. Soweit wir übersehen, scheint in England fast kein Interesse mehr für die Kriegsschuldfrage vorhanden zu sein. Sie wird kaum mehr dort erörtert, ohne daß man jedoch den Schluss daraus ziehen dürfte, daß damit auch wirklich die Anklage fallen gelassen worden ist. England ist nur augenblicklich mit seinen eigenen Angelegenheiten stark beschäftigt und ist am Kontinent nicht interessiert. In Amerika ist die wissenschaftliche Erforschung der Kriegursachen außerordentlich rege. Man braucht nur die Namen Fay und Barnes zu nennen. Es klingt auch günstig, wenn die Umfrage, die vor einiger Zeit die amerikanische Zeitschrift „The World To-Morrow“ veranstaltet hat, ergeben hat, daß nur 48 von 429 Personen Deutschlands und seine Verbündeten für allein schuldig am Kriege halten. Andererseits kommt eine Mehrheit doch noch heraus, wenn es heißt, daß weniger als die Hälfte Deutschlands für „hauptschuldig“ am Kriege halten. Auch kann man sich allerhand Gedanken über die Tatsache machen, daß Senator Shipstead nun zum dritten Mal seinen Antrag, daß die amerikanische Regierung den Alliierten die Verringerung des Artikels 231 des Versailler Vertrages oder die Rundgebung ihrer Absicht, ihn außer Betracht zu lassen, vorschlagen möge, eingebracht hat. Ein Zeichen, daß die Angelegenheit nicht gerade weiter gekommen ist.

Die Debatte, die vor kurzem zwischen Senator Borah und Senator Reed im Senat stattfand, wobei Senator Borah der von Reed geäußerten Ansicht entgegentrat, er habe wenig Sympathie für die Deutschen, die sich zu arm nennen, um die Reparationen zu bezahlen, obwohl Deutschland einen verhältnismäßig geringen Betrag dafür zahlen müsse, daß es durch den Krieg so viel Unglück über die Welt gebracht habe, ist ebenfalls ein Zeichen, daß die Anklage gegen Deutschland immer noch erhoben wird.

Zwischen Deutschland und Frankreich, den zwei europäischen Ländern, an deren Beziehungen wohl das Schicksal des ganzen Erdteils hängt, die auf einander angewiesen scheinen, erweist sich immer wieder die Kriegsschuldfrage als ein schweres Hemmnis für die Verständigung und Versöhnung. Im Verhältnis der unzwei-

felhaft und leidenschaftlicher Weise seit der Rheinlandräumung eingetretenen Versteifung der deutsch-französischen Beziehungen ist ein immer erneutes Zurückgreifen auf die alten Anklagen, die oft in der leidenschaftlichsten, geradezu an den Krieg erinnernden Weise hervorgebracht werden, zu bemerken. Die Vorstellung der deutschen „Invasoren“ scheint allmählich zu einem Bestandteil des französischen Denkens geworden zu sein, mindestens zu einem Bestandteil der waffenstärkenden Sicherheitspolitik, die ja nur mit dem Mißtrauen, daß Frankreich sich auch in Zukunft vor den immer drohenden deutschen Angriffen schützen müsse, zu begründen ist. Worte, wie sie im September auf dem Katholikentag in Münster i. W. der Abbe Demulier geäußert hat, Erörterungen, wie sie Anfang November im Club du Faubourg stattfanden, scheinen vereinzelt zu sein.

In eigentümlicher Weise wird neuerdings von französischer Seite die Anklage gegen Deutschland mit geschichtsphilosophischen Gedanken verknüpft. So leitet Tardieu die Niederlage, die Deutschland 1918 erlitt, von der Gewaltpolitik her, die seiner Meinung nach Bismarck und seine Nachfolger getrieben hätten. Herriot äußerte Anfang Oktober, daß Frankreich alle freien Nationen der Welt sich zu Hilfe eilen sah und seine Stärke nicht nur seinem Mut, sondern auch seiner Unschuld zu verdanken hatte. „Frankreich verteidigt sich nicht allein, es verteidigt alles, was in der Welt von Freiheit, Brüderlichkeit und Frieden träumt. Es ist die erhabene Trägerin des Tempels der Freiheit“.

Wenn in solchen Worten Frankreich als die Verkörperung aller abstrakten Ideale hingestellt wird, kann jeder Gegner Frankreichs zu einem Gegner der Menschlichkeit, der Freiheit, des Friedens überhaupt gestempelt werden. Auf dieselbe Weise wird jeder Widerstand gegen die bestehenden Friedensverträge ohne Rücksicht darauf, ob dieser Widerstand in Deutschland aus dem übermächtigen Druck und der Unmöglichkeit dieser Verträge herkommt, zu einer Äußerung mangelnder Vertragstreue überhaupt, zu Äußerungen einer Gefinnung, für die Verträge nur ein „Fetzen Papier“ sind.

Außerordentlich bezeichnend für diese Gefinnung sind zwei Aufsätze, die am 18. und am 25. November der „Temps“ in Paris veröffentlichte und in denen er das deutsche und französische Volk als vollkommen entgegengesetzter Geistesart hinstellt. Für das deutsche Volk gebe es kein anderes Recht als das der Gewalt, während das französische versuche, sich im internationalen Leben von den Grundfäden des Rechtes, der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, der Achtung vor übernommenen Verpflichtungen leiten zu lassen. Der große Krieg folge dem deutschen Volke zu, daß die materielle Macht allein durch die Idee, die auch eine Macht ist, aber von anderer Ordnung, besiegt wird. Die Idee der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit hat gegen Deutschland 22 Nationen geführt und die Idee hat über die Gewalt triumphiert.

Und wenn Deutschland seinen vorbedachten Angriffen gegenüber eine gleiche oder sogar überlegene Macht sieht, so wird es sich endlich überzeugen, daß die Macht gerecht sein soll, und Frankreich, daß die Gerechtigkeit stark sein soll. So kehrt die Anklage, die zur moralischen Grundlage des Versailler Diktats gemacht wurde, in immer neuem Gewand wieder um dem Freiheits- und Lebenswillen des deutschen Volkes falsche Motive unterzuschieben. Diese Beschuldigungssucht, die wir in den letzten Monaten wieder erschreckend in Frankreich hervorbrechen sehen, verteilt Recht und Unrecht mit der gleichen Einseitigkeit, wie es im Weltkrieg geschah.

So stößt das deutsche Volk auf seinem mühseligen Wege immer wieder von neuem an die Schranke, die es unter anderem Recht, in eine andere Kategorie der Beurteilung, als sie Frankreich für sich beansprucht, stellen will. Der vor der Weltgeschichte einmal Angeklagte soll auch für alle Zukunft als solcher dastehen, als solchem soll ihm das Recht auf Revision verweigert werden. So scheinen nach wie vor die Aussichten auf einen wahren Frieden, auf eine wirkliche Versöhnung trübe zu sein.

Gerechtigkeit für die Völker.

Eine Neujaarsbetrachtung von Dr. Arnaldo Mussolini im „Popolo d'Italia“.

„In diesem Jahresende, das so grau und farblos ist wie draußen die Natur, da regnet's von Prophezeiungen, von allerlei Auslassungen über Ursprung, Entwicklung und Ende der heutigen Kriege; da wird unsere Zeit gewertet, da nimmt man all die Wechselfälle, die die Völ-

ker interessieren und beunruhigen, scharf unter die Lupe und bemüht sich, dabei recht objektiv zu sein.

Niemand kann dabei auf den Besitz der Wahrheit pochen. Die letzte Lösung all der vielen Probleme ist nicht das Privileg eines einzelnen. Die moralischen und wirtschaftlichen Unterschiede ergeben ein so verwickeltes Bild, daß es schwer ist, sie auf einmal zu erfassen und einer wirklichen Lösung zuzuführen. Optimismus ist heute mehr eine Annahme als ein Reflex der Wirklichkeit. Um der Woge eines neuen Aufschwungs freie Bahn zu schaffen, gilt es allerlei Deiche zu durchbrechen. Da gibt's Grundvoraussetzungen, ohne die man unmöglich zu konkreten und erfreulichen Lösungen gelangen kann. In den Auslassungen der bedeutendsten Männer der Welt haben Ausdrücke wie Gerechtigkeit, Gleichgewicht, Solidarität, schaffender Friede nur noch ganz unbestimmte Umrisse.

All diese Begriffe erscheinen wie flüchtige göttliche Gebilde, die dem Denken der Völker abhanden gekommen sind. Sie etwa zurückrufen zu wollen in rein abstrakter Form, ohne konkrete Zweckbestimmung, würde nur einen Verlust kostbarer Zeit bedeuten.

Eben die moralischen Kräfte, die man zu Hilfe ruft und die man so gerne auf religiöse Grundsätze und auf längstvergangene Gewohnheit zurückführt, besagen nicht viel in einer Welt, wo jeder Kontinent im Fieberzustand sich befindet. Wenn man wirklich aus nichtsagender Rhetorik heraus will, wenn man wirklich zur Befriedung der Welt beitragen will, dann muß man die dringendsten Probleme mit starker Hand anpacken; diejenigen, die unserer Wahrnehmung am nächsten liegen, die mit ihrem augenscheinlichen Anachronismus das klare Denken der Massen berühren. Diese muß man einer Prüfung und Revision unterwerfen und sie ins Licht wahrhaftiger, realer, konkreter Gerechtigkeit rücken.

Woran leidet die Welt? An Mangel sittlichen und wirtschaftlichen Gleichgewichts. Selbst das Gold sammelt sich in den Tresors weniger Staaten, aber sicher nicht dank ihrer Sparsamkeit. Es ist das Ausmaß einer Glückskonjunktur, mit Hilfe von allerlei Verträgen, Klauseln, internationalen Druckmitteln. Da gibt's Länder, die längst gerüstet sind und die sich weiter rüsten bis an die Zähne, und es gibt andere, denen selbst die Ausrüstung zu ihrer kümmerlichen Selbstverteidigung verwehrt wird.

Da gibt es Grenzen, die wahrhaftig nicht völkisch sind; sie scheinen mit Stacheldraht festgelegt zu sein. Da gibt's Völker, deren Drang nach tätiger Aufschwung erstickt und gelähmt wird durch eine Aussicht, die an Schrecklichkeit einem Gottesurteil gleichkommt: Auf ganze Generationen hinaus arbeiten zu müssen, um die Kriegsschulden abzutragen. In solcher Atmosphäre müssen die besten Vorfälle zugrunde gehen. Da hat der Kommunismus leichtes Spiel für seine Propaganda. Wahrhaftig, solch Arbeiten-müssen wird zu einer übergroßen und unerträglichen Ausbeutung, wenn es sich darum handelt, ausländischem Kapital zu dienen. Solche Hemmung, solche Widerständigkeit, solch Urteilspruch lähmt die besten Völker.

Was soll man sagen von den Kolonien, was von der Verteilung der Rohstoffe? Was soll man denken von solchen Völkern, die um ihr Gebiet hohe Zäune aufrichten und dadurch anderen arbeitsamen Völkern, die der Mangel an Lebensraum über die Grenzen des eigenen Landes drängt, das Recht auf Arbeit nehmen? Es gibt unter den Völkern Kriegsgewinnler, die keineswegs mit ihrem Blute das Rad „in Bewegung gesetzt haben“.

Ist dies alles gerecht, logisch, menschlich? Können am Ende dieses drückend schweren und harten Jahres 1930 solch ungeheure Probleme gelöst werden mit einfachem sittlichen Appell, und sei er noch so edel? Den sichersten Weg, der der Wahrheit und der Wirklichkeit am nächsten kommt, hat uns der Duce in seiner Weihnachtsbotschaft im „Tag“ gewiesen. Die Revision der Verträge, die keineswegs eine Beseitigung der Verträge bedeutet, die ist der Eckstein der Wiedergeburt und des Weltgleichgewichts. Im Denken des Duce ist die Revision der Verträge durchaus keine kriegerische Idee, sondern geschichtlich bedingte nackte Realität. Sie hat den Zweck, den Krieg zu vermeiden, sie dient nicht etwa einem vorwiegend italienischen Interesse, sondern dem Interesse ganz Europas, ja, der Welt.

Der Duce schließt seine Botschaft mit den Worten: „Die Möglichkeit der Revision ist keine absurde Behauptung, die sich nicht verwirklichen ließe. Es ist doch klar, daß wir die Revision nicht aus nacktem Egoismus verlangen, sondern vor allem aus Gründen der Gerechtigkeit, aus sittlichen Gründen, die die einzige wahre Grundlage bilden für einen dauerhaften Frieden unter den Völkern.“

Es will uns so scheinen, als müsse eine Gesamtpolitik, die von solchen Gedanken orientiert ist, uns diesem Gleichgewicht näherbringen, das doch alle Herzen erstreben. Die Schwierigkeiten von heute lassen sich nur überwinden, wenn sie auf weitem, offenem Felde, auf allen Teilen der weiten Front zum Austrag kommen.

Die Revision der Verträge bedeutet eine Revision der Werte. Jetzt, wo die Menschheit schon weit entfernt ist von der lähmenden Atmosphäre von 1919, wo sie aus vielen Wechselfällen und tausendfacher Erfahrung gelernt hat, kann sie zu dem Grundsatz der Solidarität gelangen, die dem tiefsten Lebensbedürfnis der Menschen entspricht, sind sie doch alle nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen.

Weitere Verschlechterungen der wirtschaftlichen Situation an der Saar.

Nun befindet sich auch die Wirtschaft an der Saar in einer Krise, wie dieselbe in diesem Umfange bisher noch nicht erlebt wurde. In dem Wochenbericht der Regierungskommission werden über 12 000 Arbeitslose angegeben. Noch scheint man nicht am Ende dieser Entwicklung zu sein. Man rechnet in den nächsten Monaten mit weiteren Verschlechterungen. Aussichten für eine Wendung zum Besseren sind gegenwärtig nicht vorhanden. Im Verhältnis zur Eisenindustrie ist der Belegschaftsabbau im Bergbau mit 3 000 Menschen noch gering. Auch die hier im Laufe des Jahres wegen Abzugsabmangel gefeierten 17 Schichten bilden nur einen Bruchteil von denjenigen der Hüttenwerke. Hier kamen von etwa 36 000 Arbeitnehmern im Laufe des Jahres 7 000 Menschen zur Entlassung. Zu diesem Abbau kommen, nach Pressemeldungen, zusammen noch 250 000 Feierschichten. Betriebsabteilungen mit 8 und mehr Ausfallschichten im Monat sind keine Seltenheit. Der gewaltige Verdienstausschlag macht sich bereits im geschäftlichen Leben sehr unangenehm bemerkbar. Von Handel und Gewerbe wird über ein äußerst schlechtes Weihnachtsgeschäft geklagt.

Zu diesen ungünstigen Verhältnissen kommt jetzt das Gespenst des Lohnabbaues. Die mit den gewerkschaftlichen Verbänden vereinbarten tariflichen Löhne sind bisher fast noch überall gezahlt worden. Uebertarifliche Zulagen sind jedoch seit Monaten eingestellt. Die Arbeiter hatten sich bisher mit der Situation abgefunden. Zu Störungen ist es nirgends gekommen. Man hat Belegschaftsabbau und Feierschichten in der Erwartung hingenommen, daß bald eine Besserung der Wirtschaftslage eintreten würde. Mit Beginn des neuen Jahres aber scheint man einen Lohnabbau in größerem Umfange vorzunehmen. Die Hüttenwerke verlangen eine Lohnreduzierung von 12 Prozent. Im Falle derselben in dem genannten Umfange durchgeführt und eine Beseitigung der bisherigen Feierschichten sich nicht ermöglichen läßt, bedeutet dies für mehrere tausend Hüttenarbeiter, die jetzt schon mit ihrem Verdienst unter dem Durchschnitt bleiben, eine Katastrophe. Eine Besprechung der Arbeitgeber mit den gewerkschaftlichen Verbänden brachte keine Einigung. Der Schlichtungsausschuß wurde zur Entscheidung angerufen. Verbindlichkeitserklärungen von gefällten Schiedssprüchen sind an der Saar nicht möglich. Derartige Instanzen fehlen. Die weitere Entwicklung bleibt der Einsicht der beiden Kontrahenten oder dem Machtverhältnis eines Teiles derselben vorbehalten.

Betriebswirtschaftlich gesehen, steht es entschieden besser im Steinkohlenbergbau des Gebietes. Wohl leidet

auch er unter einem starken Absatzmangel. Von den annähernd 5 Mill. Tonnen Kohlen, die im Jahre 1929 in der eigenen Wirtschaft der Saar verbraucht wurden, bleiben jetzt infolge der wirtschaftlichen Krise viele Tausende von Tonnen unverbraucht. Ein erhöhter Absatz nach Frankreich war bisher nicht möglich. Trotzdem das französische Wirtschaftsgebiet jährlich mehr als 18 Millionen Tonnen fremder Kohle verbraucht, hatte die Forderung der Saarbergleute auf eine Mehrabnahme von Kohle bisher keinen Erfolg. Im Gegensatz zu dem starken Produktionsrückgang in der Hüttenindustrie aber hat der Bergbau, trotz seines Belegschaftsabbaues, ein Mehr an Förderung erzielt. In den ersten neun Monaten 1930 hatte man, im Vergleich zu derselben Zeit des vorhergehenden Jahres, ein Plus von 163 000 Tonnen. Berücksichtigt man dabei, daß dieses Ergebnis trotz 13 Feierschichten erreicht wurde, wird man kaum von einem schlechten finanziellen Stand der Kohlenwirtschaft reden können. Die Bergwerksdirektion hat jetzt, zu Beginn des neuen Jahres, eine Reduzierung der Kohlenpreise angekündigt. Von der Vergarbeitschaft wird erwartet, daß diese Maßnahme keine Rückwirkung auf die Löhne hat. Auch hier sind in den ersten Monaten des neuen Jahres Uebererhebungen nicht ausgeschlossen.

Für das verlorene Einkommen suchen die Arbeitnehmerschichten Ersatz in einer verbilligten Lebenshaltung. Man fordert einen allgemeinen Preisabbau. Diesbezügliche Ausprachen zwischen Gewerkschaften und Vertretern aus Handel und Gewerbe haben bereits stattgefunden. Wie schon öfters, so entstehen auch hier durch die eigenartige Konstellation des Gebietes neue Schwierigkeiten. Ein nicht geringer Teil von Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln werden heute aus Deutschland bezogen. Sie sind im Preise nicht unerheblich gesunken. Nun aber ist das Preisniveau Frankreichs noch in der Aufwärtsbewegung. Soweit Waren von dort bezogen werden, hat man sich mit Preissteigerungen abzufinden. Jetzt wird von Deutschland auch die Einfuhrprämie von Vieh aufgehoben. Bisher erhielten die Saarländerischen Metzger bei dem Einführen von deutschen Schlachtvieh eine Prämie. Es konnte damit mehr als der an der Grenze von Frankreich geforderte Zoll gedeckt werden. Die Einstellung der Prämienzahlungen scheint eine Fleischpreiserhöhung nach sich zu ziehen. Wegen der noch höheren Preislage kann der Fleischbedarf durch französisches Schlachtvieh nicht befriedigt werden.

So geht die Saar mit wenig erfreulichen wirtschaftlichen Aussichten in das neue Jahr. Die Bevölkerung wird ein gewaltiges Maß von Energie aufbringen müssen, um den Boden für einen neuen Aufstieg vorzubereiten. Trotz aller Schwierigkeiten wird sie an dieser Arbeit nicht verzweifeln. Mut und Ausdauer werden auch hier den Erfolg bringen.

Marschall Joffre †.

Am Sonnabend früh, 8,23 Uhr, ist nach langem Leiden in Paris der französische Marschall Joffre im Alter von 79 Jahren gestorben.

Marschall Joffre ist von den Franzosen als „Sieger der Marne“ verherrlicht worden. In Wahrheit hatte er seine Siegesloren weniger seinen eigenen Fähigkeiten als den Fehlern der deutschen Heeresführung zu verdanken, die allzu voreilig den Sieg aus den Händen gegeben hatte. Das Verdienst Joffres beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß er es als „Marschall Nivart“ verstanden hat, die französi-

schen Truppen rückwärts zu konzentrieren und sie an der Marne eine neue Stellung beziehen zu lassen, aus der sie dann den von der deutschen Heeresleitung zurückgenommenen deutschen Armeen folgten, bis ihrem Vormarsch an der Aisne Halt geboten wurde.

Man hat auch in Frankreich die Fähigkeiten Joffres nicht allzu hoch eingeschätzt. Man beließ ihm nur bis Ende 1916 den Oberbefehl. Die Ungebuld der öffentlichen Meinung über die geringen Fortschritte erzwang seinen Rücktritt, doch erfolgte die Verabschiedung unter den ehrenvollsten Umständen: Joffre als erster erhielt von der dritten französischen Republik die Würde eines Marschalls von Frankreich. Er blieb auch Mitglied des Obersten Kriegsrats, und bei der französischen Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten betätigte er sich erfolgreich als Kellameister.

Joffre wurde auch unter die „Unsterblichen“ der französischen Akademie aufgenommen. Seine Glorie wurde dann übertrahen von dem Glüd des General Foch, der zu Ende des Krieges Oberkommandierender der Alliierten Armeen war. Nach dem Kriege ist Joffre, der seit Jahren leidend war, in der Öffentlichkeit kaum mehr hervorgetreten.

Marschall Joffre war geborener Katalane. Seine Wiege stand in Mirelles bei Roussillon in den Niederpyrenäen. Als 18jähriger Leutnant nahm er 1870 an der Verteidigung von Paris teil und gewann später die erste große Anerkennung als militärischer Führer durch seinen Zug nach Tumbuktu zur Rettung der Reste der unglücklichen kleinen Truppenmacht Bonniers, die in einen Hinterhalt des Tuareg-Stammes geraten und fast aufgerieben worden war. Er überlebte die Wüstenstadt. Als der Weltkrieg ausbrach, war General Joffre seit zwei Jahren der Chef des Großen Generalstabs und Vorsitzender des Obersten Kriegsrates.

Joffres Schicksalsstunde.

In Paris herrscht Schrecken. Man schreibt den 2. September 1914. Tag von Sedan! Der Kriegsplan Joffres ist zusammengebrochen. Die Grenzschlachten sind mislungen. Verdun ist so stark bedroht, daß Joffre es aufgeben will. Am 1. September hat der Generalissimus den Befehl zum Rückzug aller Armeen hinter die Seine gegeben. Die Regierung hat flohen am 2. September Paris verlassen und ist nach Bordeaux abgereist. Wie vor 44 Jahren!

30 Kilometer vor Paris stehen die deutschen Heeresmärsche. Täglich ziehen die deutschen Flieger ihre Kreise über dem Häusermeer, das das Herz Frankreichs bedeutet. Bomben und alarmierende Nachrichten sind ihre Wertschrift. Scharen von Flüchtlingen aus dem besetzten Kriegsgebiet treffen ein. Der innere Halt der französischen Truppen ist bedenklich gelockert, viel Material an Geschützen, viele tausend Gefangene sind verloren gegangen. Der englische Bundesgenosse ist durch die erlittenen Schläge so erschüttert, daß er allen Angriffsgedanken verloren hat. Es sieht böse aus um das französische Heer und um das französische Land am 2. September.

Aber die Regierung hat in Paris einen tapferen General zurückgelassen, Gallieni! Der alte zähe Kolonialsoldat denkt nicht daran, Paris dem Feinde zu überlassen. Er richtet alles auf hartnäckige Verteidigung ein. Joffre selbst will an eine wirksame Verteidigung von Paris und an eine Wiederaufnahme der Offensive mit, wenn seine fünfte Armee der drohenden Umflammerung durch den Feind entzogen ist und die übrigen Armeen umgruppiert und aufgefüllt sind.

Als Gallieni am 3. September nachmittags 6 Uhr von der Befestigung der Befestigungsanlagen in sein Hauptquartier zurückkommt, erwartet ihn sein Chef der Nachrichtenabteilung, Oberst Girodon, mit der Mit-

Der Sturz des Antichrist.

Von Hermann Leitz.

Ein merkwürdiges Buch kam mir in die Hände. Es ist im Jahre 1928 erschienen im Verlag für Schöne Wissenschaften Dornach und Stuttgart. Sein Verfasser ist der namhafte anthroposophische Dichter Albert Steffen. Es erklärt sich als Dramatische Skizze und trägt den wunderlichen Titel: „Der Sturz des Antichrist“.

Gefängnis an der Peripherie einer Weltstadt. Kerkertraum. Drei Prüfungen. Der Blick durch die Lücke geht auf ein Flugfeld.

In der Zelle: Wärter, Priester, Techniker, Künstler. Ihre Schicksalsgemeinschaft hat die Merkmale der Völker, denen sie entstammen, übernommen, sie gehören mit ihren Impulsen der ganzen Menschheit an.

„Warum sind wir gefangen?“ —

— Der Regent will uns vernichten! —

Der Regent erscheint. Unbestimmtes Alter. Gesicht schön, kalt, klug. Wenn er Widerspruch spürt, verdunkelt es sich.

Der Regent: „Ich kenne eure Gedanken. Was ihr denkt, leß ich auf euren Mienen. Ihr fragt, wer ich bin. meine Taten geben Antwort.“

Wie war die Zeit vor meiner Regierung? Wie nachher? — Ein Dauerkrieg herrschte, auch nach geschlossenen Frieden. Zollschränken, Wirtschaftsnöte, Revolutionen . . . Dem macht der Einheitsstaat — mein Werk — ein Ende. Der Friedenspakt, die Union der Staaten, der internationale Sicherheitsdienst: — sie verdanken mir das Dasein.

Seitdem ich regiere, herrscht Ruhe. Nur bei euch nicht! Ihr fügt euch nicht in die Gemeinschaft, deren Haupt ich bin. Ihr seht den Einzelnen über das Ganze. Ihr untergrabt das Wohl des Allgemeinen. Deshalb muß ich euch, zum Heile der Gesamtheit, absondern.

Bevor jedoch das Urteil fällt, sollt ihr Einsicht in meine Ziele erhalten. Ihr seid die einzigen Vertreter des Geisteslebens, die mir schaden konnten — jetzt nicht mehr! — die mir nützen können — auch jetzt noch. Wollt ihr das erste: — Ich vernichte euch. Wollt ihr das andre: — Ich erhebe euch . . .

Der Mensch ist Erkennen der Naturgesetze geworden. Er hat die Himmelsbahnen berechnet und die Erdenstoffe

bestimmt. Die Götter haben sich von ihm zurückgezogen und ihr Werk in seine Hände gelegt. Sie gaben ihm eigenen Verstand, damit er selbstständig werde: Aufsteige vom Geschöpf zum Schöpfer, als Gründer eines neuen Reiches.

Zu diesem Ziele ist mir Macht verliehen. Wißt! Zwei Projekte, die alle früheren Taten übertreffen, stehen vor der Verwirklichung.

Das erste: Jene Kräfte auszunutzen, womit die Wandsterne um die Sonne kreisen: zur Weltraumfahrt. Befreiung von den oberen Göttern.

Das andere: Brotbereitung mittels Steinen. Befreiung von den unteren Göttern . . . Das Paradies auf Erden!

Wollt ihr zu diesen Taten eure Kräfte leihen?“

Der Techniker: „Ich will das Flugzeug prüfen.“

Der Priester: „Ich will das Brot versuchen.“

Der Künstler: (schweigt).

Techniker und Priester werden vom Wärter hinausgeführt. Sie flüstern dem Künstler zu: „Sei klug! . . . Widerstehe nicht dem Uebel!“

Regent zum Künstler: „Willst du mit deinem Wort in meinem Willen wirken? Ich befreie die Menschen von der Notdurft des Leibes und von den Gesetzen der Götter. Die Menschheit, mündig geworden, bedarf einer neuen Sprache. Du bist berufen, sie zu schaffen. Du sollst in bisher nie gehörten Worten die Geschichte meiner Taten schreiben. Du wirst mich als den Retter der Erde preisen, — du —: mein Evangelist . . .!“

„Du stellst dich gegen mich!“ . . .

„Du bleibst im Kerker.“ —

Regent verschwindet. Sein Dämon, als Feuerstein wird sichtbar und spricht: „Ich hab mich von den Göttern losgesagt.“

Das Gespenst des Technikers: „Maschinenkraft ersetzt den Götterwillen.“

Der Dämon: „Wir pfeifen auf Unsterblichkeit.“

— Die Kerkerwand wird durchsichtig. Die kollektive Menschenmasse, die auf das Flugfeld flutet, erscheint, Kopf an Kopf, im eintönigen Grau. Auf hohen

Dächern stehen Maschinisten und geben Signale mit roten Fahnen. Sirenengeheul geht über die Stadt.

Künstler: „O Höllenlaute, die den Leib zerreißen, Maschinenlärm — Martyrium der Götter . . .“ „O ungeheure Klust von Mensch und Gott.“

Gespenst: „Maschinen schaffen Wohnung und Gewand, erleuchten unsre Nächte und erwärmen den Winter, säen, ernten, backen Brot. Sie bringen die Erlösung für die Menschen.“ . . . „alles verfliehet zuletzt zu Nichts.“

„Leben entsteht aus Tod — und Mensch aus Tier — und Brot aus Stein.“ —

Der Künstler wendet sich gegen den Dämon des Regenten:

„Auf deiner Stirne zuckt die Zickzacklinie, du bist das Tier, das aus dem Abgrund steigt —“.

Der Wärter führt den Künstler „in einen unbekannten Kerker“. Steinzelle, aus Granitblöcken gefügt, für einen einzigen Menschen bestimmt, durch Eisentür verschlossen: Der Ort des zweiten Akts. Zwiegespräch zwischen Künstler und Wärter.

Künstler: „Was soll ich tun, zu retten meine Brüder?“

Wärter: „ . . . Ich kannte ihn, den großen Lehrer noch, ihn, der mit allgewaltigem Atemzug die Himmelsweiten und die Erdenkräfte in seine Seele zog, um sie vereint bei seinem Tod den Göttern und den Menschen in freier Opferstat zu übergeben. Die Lehren und das Leben aller Geister, die durch Jahrtausende hindurch gewaltet, hat er geordnet und geläutert und dem Weltengründer wiederum verbunden, so daß kein Mensch verloren gehen kann, bei Toden und bei Lebenden, nicht einer, der sich als Einzelner ins Ganze stellt. . . . Der Gruppe, welche seine Himmelsankunft zu ihrem Kult erhob, entstammt der Priester, der jetzt die Sakramente preisgibt, er wollte nicht dem Uebel widerstehen, er rettete sich in seine Seligkeit und übergab die Erde dem Tyrannen. — Und aus der andern Gruppe, die den Schöpfer in der Verhärtung des Gehirns vergift, und ihre Eigenschöpfung nur verehrt, entstammt der Techniker, der jetzt die Sonne, so blind besessen vom Maschinenwahn, mit seinem Flug überflügeln will.“ . . . Bewahr das Wort in dir: Ich bin.“

(Schluß folgt.)

teilung, daß der deutschen Lini kann schön!“ meinzeugt er sich auf Kluck 2

Das Teil nach Bar fußt noch am Erinnerungsgeden dem Generalrichteten der Noch an die Verlust von nachmittags Günst der zeugen. Ze teilen: „R Marine schlag

Am 4. rühmter Gen der 6., 5., peditionsfor für den Mo Die Ma

Freilich, laut Joffres Waffen war, Gegenteil, in war der fra zum Pflanzen nouri, gesch zurückgeworfen gebrochen. der Hälfte de anders komm Stunde berei befohlen, ein weite war.

Bier 2. Märliche Ver Erst am 13 sprechen.

Und do den trübten ber, die Muß er im gefahr schluchfreudig nehmen, das dazu bestim auch die Ge scheiden.

Der

Wer ist Der Auf denten Arose bößig unerm Jung-Panam fation, die B unter den B angegriffen h

Nach ein Staatspolizei bildet, wurde Harmadio M das Präsidien in seinen W gefeiert wurde

Die „J Comunal“ ge matischen M identen und In dem Man leit habe gef diente Strafe

„Associa daß der Präf minifier ena gab. Arosem schaft und di — Eine Mel der dortige angebotenen angenommen

Wie soe madio Arias gewärtige G wahrscheinlich vor den letzte obersten Geri präsidien wa Mitgliedern worden. Prä mission wiede Kampf um d dent einer a und liegt im

Zur

Das Re Beschluß des wirtschaftsrat Preisbindung Stellungnahm

Nach di bindungen be vorrang sein, Verbrauchs dem Stand a

Dabei in Preisfestung Großhändler zu Lasten nu geht. Der 2 bereits am 5. tigen.

Die Lage im Ruhrrevier.

Eine Verschärfung der Lage nicht festzustellen. — Hemmungslos radikale Agitation. — Ein Unbeteiligter erschossen.

Die formelle Kündigung der Gesamtbelegschaften im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier hat die dort angesammelten Explosivstoffe schneller, als man es erwarten konnte, zur Entladung gebracht. Die Art, wie die wilden Streiks von den radikalen, meist kommunistischen Verbänden, inszeniert worden ist, läßt deutlich erkennen, daß man zunächst einmal eine Kraftprobe ansehen wollte, um zu sehen, wie diese als Vorbereitung auf die Durchführung der Generalstreik-idee ausfallen würde.

Die Gesamtheit der Arbeiterbevölkerung ist aber bestimmt gegen den Streik, denn die überwiegende Mehrzahl der Bergarbeiter, man kann sagen, reichlich 90 Prozent, ist in dem Christlichen Bergarbeiterverband, dem mehrheitssozialistischen Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der weniger bekannten Gruppe der Hirsch-Dunkerianer und dem Polnischen Syndikat organisiert. Allerdings nicht so sicher ist, daß die Gewerkschaften jederzeit damit rechnen können, daß die Parteigänger ihrer Parole folgen werden.

Keine Verschärfung der Lage.

Wie der Bergbauische Verein in Essen am Sonntag mittags, ist der Prozenttag der nichteingefahrenen Belegschaften von 11,91 Prozent auf 11,96 Prozent gestiegen. Sonach ist eine Verschärfung der allgemeinen Streiklage nicht eingetreten. Allerdings mußten sich die Belegschaften am Sonntagabend auf einzelnen Schachtanlagen gewalttätig mit den Zechen verhalten, da die Zechentore von radikalen Elementen besetzt waren.

Aus Erwerbslosen, Frauen und Kindern gebildete kommunistische Sprechchöre forderten zum Streik auf und brachten Hohnrufe auf die Weimarer Republik aus. Vor den Zecheneingängen bildeten Erwerbslosen Gruppen Spalier und machten es den Arbeitswilligen vielfach unmöglich, ihre Arbeitsplätze aufzusuchen.

Das Streikgebiet.

Die Streikbewegung erstreckt sich hauptsächlich auf die Bezirke Hamborn, Gladbeck, Buer und Hamm. Der ganze Süden des Bezirks, die Bezirke Dortmund, Witten, Bochum, Wattenscheid, Essen und Mülheim sind streikfrei. Die Industrie braucht keine Störung in der Kohlenversorgung zu befürchten. An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen, die jedoch von dem verstärkten Polizeiaufgebot in den meisten Fällen ohne ernstere Zwischenfälle zerstreut werden konnten. Nur am Niederrhein hat es schwere

Streikunruhen

gegeben. Vor der Zeche „Niederrhein“ in Neutkirchen wurden die arbeitswilligen Bergleute in roher und unsittlicher Weise von etwa 500 Streikenden belästigt. Die Arbeitswilligen wurden geschlagen und mit Steinen beworfen. Auch rief man ihnen die Kaffeekannen weg. Die Neutkirchener Polizei, die zu schwach war, sah sich schließlich gezwungen, Verstärkung von Duisburg anzufordern.

Mit Gejohle und Schimpfworten wurde das Polizeiaufgebot empfangen. Da der Aufforderung, den Platz zu räumen, nicht Folge geleistet wurde, machten die Beamten vom Gummihüpfel Gebrauch und trieben die Menge auseinander.

Die Polizei ist nach wie vor in Alarmbereitschaft und überwacht jeden Schichtwechsel. Starke Polizeistreifen patrouillieren in der Gemeinde Neutkirchen, um die arbeitswilligen Bergleute auf dem Wege zur Zeche zu schützen.

Ein Todesopfer.

Vor der Zeche „Rheinpreußen“ bei Mörs wurde beim Einfahren der Nachtschicht aus der Menge auf die Polizei geschossen. Diese erwiderte das Feuer und es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, das mehrere Minuten dauerte.

Ein Unbeteiligter, der Bahnarbeiter Hacklein, wurde von mehreren Angeln getroffen. Am Mittwoch ist er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Wie verlautet, sollen mehrere Personen leichte Verletzungen bei der Schichterei erlitten haben.

Aus dem Hinterhalt erschossen.

Schwere Ausdehnungen im Ruhrgebiet.

In dem Dortmunder Vorort Mengede haben streikende Kommunisten einen gemeinen Feuerüberfall verübt, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel.

Als sich Arbeitswillige zur Zeche „Hausmann“ begaben, wurden sie aus dem Hinterhalt beschossen. Von zwei Söhnen, die ihren 60 Jahre alten Vater als Schutz zur Zeche begleiteten, wurde einer durch einen Pistolenschuß getötet, der andere erlitt eine schwere Schußverletzung, zwei andere Personen wurden ebenfalls schwer verletzt.

Nach diesem Feuerüberfall ergriffen die Verbrecher die Flucht. Zwei Streikende, die die Schiffe abgegeben haben, konnten festgestellt und einer von ihnen verhaftet werden.

In den anderen Bezirken blieb es im allgemeinen ruhig. Da am Sonntag nur Reparaturen vorgenommen wurden, sind auch nur sehr wenige Arbeiter auf den Zechen beschäftigt.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Unveränderte Lage.

Nach einer Mitteilung des Bochumer Polizeipräsidenten ist lediglich das nördliche Randgebiet des Ruhrbergbaues von der Streikwelle erfasst worden. Das Zentrum des Gebietes und der Südrand weisen ganz geringe Streikziffern auf. Die kommunistischen Verbände, mit Gewalt eine Arbeitsniederlegung zu erzwingen, sind bis jetzt in den Gebieten reiflos gescheitert. Den Anzeichen nach werden die Kommunisten in den nächsten Tagen mit verstärkter Kraft versuchen, eine Arbeitsniederlegung auf den Zechen zu erzwingen.

Die Polizei hat alle Vorkehrungen getroffen, um die Arbeitswilligen zu schützen und jeden Terror zu verhindern.

Nach weiteren Berichten mußten sich die Belegschaften auf einzelnen Schachtanlagen gewalttätig Zutritt zu den Zechen verschaffen, da die Zechentore wieder von radikalen Elementen, Arbeitslosen usw. besetzt waren. Teilweise griff die Polizei ein, wobei es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen kam.

Das Demonstrationsverbot bleibt bestehen.

Der Polizeipräsident von Bochum hat wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit für den gesamten Bereich des Polizeibezirks Bochum mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres sämtliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Im Präsidialbezirk Neeflinghausen und auch in anderen Polizeibezirken lief mit dem 4. Januar das Verbot öffentlicher Kundgebungen ab. Da das Aufheben des Verbots in der jetzigen Zeit der wilden Streiks leicht zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen kann, haben sich die Polizeipräsidenten im Rhein-Ruhrbezirk veranlaßt gesehen, über die Verlängerung des Demonstrationsverbotes Beschluß zu fassen.

Revierkonferenz in Bochum.

Die Stellung der Bergarbeiterverbände.

In Bochum trafen sich etwa 200 Delegierte des Bergbauindustrieverbandes, um zur Lage im Ruhrgebiet Stellung zu nehmen.

Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die kommunistischen Pläne auf das schärfste verurteilt wurden. Das Verhalten der Vertreter der Verbände bei den Schlichtungsverhandlungen am 29. und 30. Dezember wurde gebilligt. Der von den Zechenbesitzern geforderte Lohnabbau wurde als unsozial und ungerecht bezeichnet, da die Zechen trotz der gesunkenen Kaufkraft des Volkes doch noch erhebliche Kapitalerträge abwerfen. Die Konferenz erwartet daher von allen Kameraden, daß sie sich durch die Kündigungen nicht einschüchtern lassen und keine Verträge zu geringeren Löhnen abschließen.

Ferner wurden die kommunistischen Aufschübe und die großen Lügen in der kommunistischen Presse über die Führer des Verbandes verurteilt. Den Führern des Verbandes wurde das Vertrauen ausgesprochen. Es wird erwartet, daß die Kameraden nur den Anweisungen der vier Verbände folgen.

Die Kommunisten drohen.

Am Sonntag tagten ebenfalls in Bochum die Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der Hauptreferent erklärte, daß man mit verstärkten Maßnahmen eingreifen werde, um den Streik auf das ganze Ruhrgebiet auszudehnen. Sollte die Polizei die Zechentore besetzen, so würde man den Kampf in die Kolonien tragen und die Wege mit Kampfgruppen besetzen. Man werde auch versuchen, Schifffahrt, Straßenbahn und Eisenbahn zum Streik zu veranlassen. Das Ziel sei die Errichtung eines roten Verbandes und die Verwirklichung der kommunistischen Idee.

Verschärfter Kommunistenterror im Ruhrgebiet angekündigt.

— Essen, 5. Januar. Die Beschlüsse der Bergarbeiterverbände und der kommunistischen Gewerkschaftsopposition am Sonntag haben eine gewisse Klärung der Lage herbeigeführt. Die Bergarbeiterverbände lehnen erneut die Lohnabbauforderung des Zechenverbandes ab und wandten sich scharf gegen die wilde Streikbewegung der Kommunisten. Die Versammlung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zeigte das wahre Ziel der Kommunisten: den Ausbruch eines politischen Massenstreiks, die Schaffung eines roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter, Sturz der Regierung Brüning und der „faschistischen Diktatur“. Die Kommunisten wollen in den nächsten Tagen, wenn die Polizei die Zechen zum Schutz der Arbeitswilligen besetzen sollte, die Wege zu den Zechen besetzen und so die Arbeitswilligen am Zugang zu den Zechen verhindern. Demgegenüber hat der Verbandsvorsitzende des Bergbau-Industrie-Arbeiterverbandes die Losung ausgegeben: „Alle Mann Montag wieder zur Arbeit.“ Die neuen Schlichtungsverhandlungen, die in Essen unter Vorsitz von Professor Dr. Brahn stattfinden, werden voraussichtlich am 7. Januar beginnen. Gerüchte von der Ernennung eines Sonderrichters treffen nicht zu.

Die Lohnbewegung.

Gekündigte Lohnsätze.

Für die Metallarbeiter des links- und rechtsrheinischen Wirtschaftsgebietes Niederrhein wurde zum 31. Januar der Lohnsatz von den Arbeitgebern gekündigt. Es wurde ein 15prozentiger Abbau der Löhne vorgeschlagen. Dem nunmehr gekündigten Bezirkstarif sind eine größere Anzahl kleinerer und mittlerer Metallbetriebe des Gebietes angeschlossen.

Die Tonbergbaugesellschaft in Krufst hat ihren Arbeitern ebenfalls den bestehenden Lohnsatz gekündigt.

Einigungsvorschlag für Köln.

Der Schlichter hat in dem Lohnstreik in der Kölner Metallindustrie den Parteien aufhören zu lassen einen Einigungsvorschlag unterbreitet, zu dem sich diese bis zum 5. Januar erklären sollen. Die Betriebe laufen einstellend ohne Störung weiter.

Schiedsgericht für das Siegerland.

In dem Lohnstreik der Siegerländer Metallindustrie wurde unter dem Vorsitz des Schlichters von

teilung, daß Kavallerie und Flieger den Abmarsch der deutschen Hauptkräfte nach Südosten melden. Gallieni kann es nicht recht glauben. „Das wäre zu schön!“ meint er zögernd. Am 4. vormittags überzeugt er sich selbst durch Erkundungsfahrten, daß die Meldungen stimmen. Gallieni ist zum Flankenstoß auf Kluck-Armee entschlossen.

Das Telefonat geht nun ununterbrochen von Paris nach Bar sur Aube, dem Hauptquartier Joffre's. Es fehlt noch an dem „accord“ — wie Gallieni in seinen Erinnerungen schreibt — an dem Einverständnis mit dem Generalissimus. Joffre fühlt sich durch die Nachrichten der überall vorrückenden Deutschen bedrückt. Noch an diesem Vormittag hat er ernstlich mit dem Verlust von Paris und Verdun gerechnet. Um 4 Uhr nachmittags ist es Gallieni gelungen, ihn von der Günstigkeit der augenblicklichen strategischen Lage zu überzeugen. Joffre kann den Herren seines Stabes mitteilen: „Nun, meine Herren, wir werden an der Marne schlagen!“

Am 4. September 7.30 Uhr erging Joffre's Befehl, der den allgemeinen Angriff der 6., 5., 9., 4. Armee sowie des englischen Expeditionskorps befahl und den Beginn des Angriffs für den Morgen des 6. September festsetzte.

Die Marne-Schlacht war eingeleitet.

Freilich, wir wissen, daß es nicht die Feldherrnkunst Joffre's und die Überlegenheit der französischen Waffen war, die dann die Entscheidung brachte. Im Gegenteil, in der Schlachtstunde des 9. September, war der französische linke Flügel, die von Gallieni zum Flankenstoß gegen Kluck angeführte 6. Armee Maunoury, geschlagen und in die Mauer von Paris zurückgeworfen, und die 9. Armee Hochs zusammengebrochen. Umklammerung und Durchbruch drohten der Hälfte des französischen Gesamtheeres. — Es sollte anders kommen. Oberleutnant Gentil hatte um diese Stunde bereits den deutschen Rückzug von der Marne befohlen, ein Entschluß, der von verhängnisvoller Tragweite war.

Vier Tage brauchte Joffre, um das ganz unerklärliche Verhalten des deutschen Gegners zu erfassen. Erst am 13. September wagte er, vom Sieg zu sprechen.

Und doch, es bleibt Joffre's Ruhm, daß er in den trübsten Tagen Frankreichs, zu Anfang September, die Ruhe und die Zuversicht nicht verlor und daß er im gefährlichsten Augenblick den Mut und die Entschlußfestigkeit aufbrachte, ein Wagnis auf sich zu nehmen, das in seinem Endergebnis vom Schicksal dazu bestimmt war, nicht nur den Feldzug, sondern auch die Geschichte des europäischen Erdteiles zu entscheiden.

Der Umsturz in Panama.

Wer ist eigentlich der neue Präsident?

Der Umstand, durch den die Regierung des Präsidenten Arosemena in Panama gestürzt wurde, brach völlig unerwartet aus. Er wurde geführt von der „Jung-Panama-Bewegung“, einer patriotischen Organisation, die die angebliche Korruption der Regierung unter den Präsidenten Chiari und Arosemena scharf angegriffen hatte.

Nach einem Sturm auf das Hauptquartier der Staatspolizei, die Panamas einzige stehende Armee bildet, wurde von dem Führer der Revolutionäre, Dr. Harmadio Arias, die Polizeikontrolle beendet und darauf das Präsidentenpalais besetzt. Präsident Arosemena wird in seinen Wohnräumen festgehalten. Bei dem Feuergefecht wurden 16 Personen getötet.

Die „Jung-Panama-Bewegung“, auch „Accion Comunal“ genannt, proklamierte dann in einem dramatischen Manifest Dr. Harmadio Arias zum Präsidenten und verlangte die Abdankung Arosemenas. In dem Manifest heißt es, die Stunde der Gerechtigkeit habe geschlagen, die Verbrecher mögen die verdiente Strafe erleiden.

Widersprüche in den Meldungen.

„Associated Press“ meldet aus der Stadt Panama, daß der Präsident Dr. Harmadio Arias zum Premierminister ernannt und dann seinen Rücktritt bekanntgab. Arosemena habe somit Dr. Arias die Präsidentschaft und die Neubildung des Kabinetts überlassen. — Eine Meldung aus Washington sagt dagegen, daß der dortige Gesandte von Panama, Alfaro, den ihm angebotenen Posten eines Präsidenten von Panama angenommen habe.

Wie soeben aus Panama gemeldet wird, ist Harmadio Arias nur provisorischer Präsident. Der gegenwärtige Gesandte von Panama in Washington wird wahrscheinlich Präsident der Republik werden, da er vor den letzten Wahlen, die durch einen Beschluß des obersten Gerichtshofes annulliert worden sind, Vizepräsident war. Irigienwelsche Nachhefte sind an den Mitgliedern der früheren Regierung nicht ausgehändigt worden. Präsident Arosemena ist nach seiner Demission wieder in Freiheit gesetzt worden. Bei dem Kampf um die Polizeiposten wurde der Korrespondent einer amerikanischen Zeitung schwer verwundet und liegt im Krankenhaus im Sterben.

Zur Preisentungsaktion.

Preisbindung bei Markenartikeln.

Das Reichswirtschaftsministerium hat nach einem Beschluß des Reichskabinetts dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln zur gutachtlichen Stellungnahme zugeleitet.

Nach dieser Verordnung sollen künftig Preisbindungen bei Markenartikeln nur dann noch rechtswirksam sein, wenn und insoweit eine Senkung der Verbraucherpreise um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stand am 1. August durchgeführt ist.

Dabei wird erwartet, daß die Durchführung der Preisentung im Zusammenwirken von Erzeugern, Großhändlern und Einzelhändlern erfolgt und nicht zu Lasten nur einer der beteiligten Wirtschaftsgruppen geht. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wird sich bereits am 5. und 6. Januar mit der Vorlage beschäftigen.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienslr. 53.
Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Anschluß, d
pen, die du
bevor sich d
Dr. Cur
Ihre Reise